

KURZ GEMELDET

Obama: Trump soll aufhören, herumzuheulen

Washington – US-Präsident Barack Obama hat den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump aufgefordert, seine Beschwerden wegen angeblicher Wahlmanipulation einzustellen. Das sei unverantwortlich. Zudem würde er ihm raten, seine Programmideen zu präsentieren, anstatt „herumzuheulen“. In der Nacht auf Donnerstag (3.00 Uhr MESZ) findet das dritte und letzte TV-Duell zwischen Trump und seiner Gegnerin Hillary Clinton statt. (red) **Kopf des Tages Seite 32**

➔ Liveticker zum TV-Duell

LIVE • dSt.at/USA ab 3.00 Uhr

Raif Badawi soll wieder ausgepeitscht werden

Riad – Der saudische Blogger Raif Badawi soll deutschen Medien zufolge erneut ausgepeitscht werden. 50 der insgesamt 1000 Peitschenhiebe, zu denen er verurteilt worden war, sind bisher vollstreckt worden. Die nächste Auspeitschung soll im Gefängnis und nicht öffentlich stattfinden. (red)

Belgiens Premier gewann Vertrauensabstimmung

Brüssel – Belgiens Premier Charles Michel hat am Dienstag eine Vertrauensabstimmung im Parlament gewonnen. Für die Mitte-rechts-Regierung stimmten 81 Abgeordnete, 62 gegen sie. Weil ein Milliardendefizit ausgeglichen werden muss, hatte die Koalition starke Einschnitte angekündigt. (dpa)

20 Tote bei Brand in indischem Krankenhaus

Neu-Delhi – Bei einem Großbrand in einem Krankenhaus der ostindischen Stadt Bhubaneswar sind mindestens 20 Menschen ums Leben gekommen. Das Feuer brach auf der Dialyseabteilung der Privatklinik aus und griff auf die Intensivstation über. Drei Mitarbeiter wurden wegen Nachlässigkeit vom Dienst suspendiert, die Brandursache war unklar. (AFP)

Nach BASF-Explosion: Ein Mann weiter vermisst

Ludwigshafen – Auch einen Tag nach der Explosion auf dem Gelände des Chemiekonzerns BASF im deutschen Ludwigshafen wurde noch eine Person vermisst. Der Vermisste, vermutlich ein Matrose eines Tankschiffs, wird im Hafenbecken vermutet, allerdings kamen die Rettungskräfte noch nicht an den Unglücksort heran. Die Ursache für die Explosion, bei der es zwei Todesopfer und mehrere Schwerverletzte gab, war weiterhin noch nicht geklärt. (dpa)

Brasilien: Massenflucht aus Gefängnis in São Paulo

São Paulo – Nachdem zuletzt bei Bandenkämpfen in Brasiliens Gefängnissen mehrere Menschen ums Leben gekommen sind, kam es nun zu einer Massenflucht aus einer Haftanstalt in São Paulo. Mehrere Brände wurden gelegt, um den Ausbruch zu ermöglichen. Nach mehreren Stunden konnten 40 der rund 55 Geflüchteten wieder gefasst werden. (dpa)

**LEUTE**

Eine britische Kellnerin versteigert ein Milchglas (un-gewaschen!), aus dem Justin Bieber getrunken hat, auf Ebay. Das aktuelle Gebot liegt bei knapp 73.000 Euro – und die Auktion läuft noch. (red)

Foto: AP

Ungewissheit bei den Kindern von Calais

Ein französisches Gericht billigt die Räumung des Flüchtlingslagers in Calais, die bereits in der nächsten Woche beginnen könnte. Ungelöst bleibt aber die Frage der mehr als tausend Minderjährigen im „Dschungel“.

Stefan Brändle aus Paris

Das Verwaltungsgericht der nordfranzösischen Stadt Lille lehnte am Dienstag einen Eilantrag von elf Hilfswerken gegen die Schließung des Flüchtlingslagers in Calais ab. Nicht das Vorgehen der Regierung sei unmenschlich, sondern die entwürdigende Lage der Menschen in dem wilden Dünen-Camp, hieß es in der Begründung.

Mit dem Gerichtsentscheid startet der Countdown: Pariser Medien zufolge könnte Innenminister Bernard Cazeneuve den Startschuss für die ersten Abtransporte schon am Montag erteilen, um danach die Bagger auffahren zu lassen. 60 Busse à 50 Sitzplätze sollen die ersten Migranten und Flüchtlinge in die Aufnahmezentren in allen Départements Frankreichs bringen. In einzelnen Orten gibt es allerdings Widerstand. Der rechtsextreme Front National versucht Bürgermeister in einem „Anti-Migranten-Verein“ zusammenzuschließen; konservative Politiker warnen vor mehreren „Mini-Calais“ im ganzen Land.

Rückkehr in den „Dschungel“

Im „Dschungel“, wie das östlich von Calais gelegene Zeltlager auch abschätzig genannt wird, gibt es ebenfalls Gegenwehr: Die meisten Bewohner wollen weiterhin lieber nach Großbritannien, weil sie Englisch sprechen oder dort Familie haben und leichter Arbeit zu finden hoffen. Die Hilfsorganisationen – die das Vorgehen der Regierung generell als unüberlegt kritisieren – zweifeln, ob die Migranten in einem der 160 Aufnahmezentren bleiben werden, wo sie einen Asylantrag stellen können; die meisten könnten mit der Zeit nach Calais zurückkehren, um es erneut zu versuchen.



Foto: AFP / Denis Charlet

Ein Migrant vor dem „Dschungel“ von Calais, der bald der Vergangenheit angehören soll.

Die minderjährigen Bewohner des Flüchtlingslagers können nach der französischen Gesetzgebung nicht mit Erwachsenen in Asylzentren untergebracht werden. Zuständig sind Sozial- und Waisendienste in den einzelnen Départements Frankreichs, doch diese sind bereits jetzt schon oft überfordert.

Eine neue Zählung des französischen Hilfswerks Terre d'Asile schätzt die Zahl der in Calais lebenden Kinder und Jugendlichen auf 1290, bei einer Gesamtzahl von rund 10.000 Flüchtlingen. Noch im August waren 865 „isolierte Minderjährige“ – so der Behördenjargon – gezählt worden. Klar ist nur, dass sie in dem riesigen Lagerlabyrinth unter „unwürdigen, unhygienischen und gefährlichen Bedingungen“ leben, wie das UN-Kinderhilfswerk Unicef festgehalten hat.

Und klar ist auch, dass sie ebenfalls mehrheitlich nach England wollen. London hat sich in einem Abkommen mit Paris bereit erklärt, elternlose Jugendliche aufzunehmen, wenn sie in England über Angehörige verfügen. Britische und französische Beamte vernehmen sie derzeit vor Ort. Verlangt wird dabei eine Telefonnummer in England, die per Anruf auf die Existenz von Eltern, Tanten und Onkeln hin geprüft wird. Hinter einzelnen Nummern sollen sich allerdings Schlepper verbergen, die eine letzte Tranche der Bezahlung erwarten.

„Moralische Pflicht“ Londons

Doch die britische Regierung will nicht mehr sämtliche Minderjährige aus Calais aufnehmen. Cazeneuve reiste deshalb persönlich nach London, um seine britische Amtskollegin Amber Rudd an die

„moralische Pflicht“ der Familienzusammenführung zu erinnern. Trotz des bilateralen Abkommens sind laut Pariser Darstellung seit dem Frühjahr nur 97 Kinder und Jugendliche zu ihren Familien in England zugelassen worden. Am Montag reisten vierzehn weitere über den Ärmelkanal, ein weiteres Dutzend soll noch in dieser Woche folgen.

Insgesamt will England nur noch 300 Minderjährige aufnehmen, wobei die Zwölfjährigen und jüngeren Vorrang haben sollen. Und die rund tausend Verbleibenden? „Hier besteht komplette Ungewissheit“, meinte François Guennoc vom Hilfswerk L'Auberge des Migrants. Die französischen Behörden seien davon ausgegangen, dass alle Minderjährigen in England Aufnahme finden würden. Das ist seit dem Brexit offensichtlich nicht mehr der Fall.

„Die Menschen sind vom Thema Terrorismus besessen“

Jean-Paul Laborde, Chef des Anti-Terror-Komitees der Uno, erklärt die Verbindung zwischen Terroristen und organisierter Kriminalität, und warum der „Islamische Staat“ vermehrt auf neue Ressourcen setzt.

INTERVIEW: Anna Giulia Fink

STANDARD: Hat man in Ihrer Position eigentlich mehr oder weniger Angst vor Terror?

Laborde: Es geht weniger um die Frage der Angst als darum, wie man mit der Realität umgeht. Wir leben in einer Zeit, in der die Gefahr durch Terrorismus zuletzt zugenommen hat. Mit dieser müssen wir lernen umzugehen.

STANDARD: Wie denn konkret?

Laborde: Wir brauchen nicht nur Maßnahmen durch Einzelstaaten und internationale Organisationen, sondern weiter gefasste internationale Zusammenarbeit. Unsere Kooperation mit dem Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung etwa ist beispielhaft: Wir haben zahlreiche Projekte am Laufen, da die Verbindung zwischen Terrorismus und organisierter Kriminalität immer enger wird. Das ist ein neues Phänomen.

STANDARD: Woran machen Sie das genau fest?

Laborde: Migranten werden von organisierten Banden nach Europa geschmuggelt, darunter befinden sich auch Mitglieder von Terrorgruppen. Oder: Verliert ISIS („Islamischer Staat“/IS, Anm.) oder Boko Haram an Territorium, wenden sie sich neuen Ressourcen zu: Laut Angaben der italienischen Anti-Mafia-Direktion stammen heute sieben Prozent der ISIS-Ressourcen aus dem Drogengeschäft. Bei den Taliban in Afghanistan ist der Anteil noch viel höher. Wenn ISIS Städte verliert, verliert er Ölressourcen und Steuereinnahmen. Als Reaktion verstärken sie dann den Handel mit Menschen, Kunstgütern, Waffen und Drogen.

STANDARD: Was bereitet Ihnen in Ihrem Job am meisten Sorgen?

Laborde: Die größte Bedrohung

sehe ich in der Radikalisierung und Indoktrinierung von jungen Menschen außerhalb der Kriegsgebiete. Menschen in Europa oder im Maghreb haben keine Hoffnung, sehen keine Zukunft und werden so von einem Tag auf den nächsten Terroristen.

STANDARD: Ihr Heimatland Frankreich, zuletzt verstärkt Ziel von Anschlägen, war bereits in der Vergangenheit oft Opfer von Terror. Was ist der Unterschied zu früher?

Laborde: Dass es mit ISIS erstmals ein Territorium gibt, in dem der Traum einer anderen Gesellschaft tatsächlich umgesetzt wird und der deshalb für Menschen rund um den Globus attraktiv wird. Diese Idee muss wieder weniger attraktiv werden. Wir müssen also die Terroristen selbst auf mehreren Ebenen bekämpfen, aber auch im Westen, in den Maghreb-Staaten mit allen Teilen der Gesellschaft arbeiten, um ihren derzeitigen Sympathisanten wieder Perspektiven und Hoffnung zu geben.

STANDARD: Die Welt werde auch in nächster Zeit kein sicherer Ort werden, haben Sie kürzlich gesagt.



Laborde ist seit Juli 2013 Chef des UN-Anti-Terror-Komitees.

Foto: UN Photo / Eskinder Debebe

Laborde: Es wird mit Sicherheit vier, fünf Jahre dauern, bis sich die Situation ändert. Die Menschen sind zwar besessen vom Thema Terrorismus, übersehen aber den Link zur organisierten Kriminalität: den Handel mit Frauen und mit Migranten, Geldwäsche – die organisierte Kriminalität finanziert Terrorismus. Bekämpfen wir diese Verbindung, überleben diese Gruppen nicht.

JEAN-PAUL LABORDE (66) ist Exekutivdirektor des nach den Anschlägen von 9/11 gegründeten Ausschusses zur Bekämpfung von Terrorismus der Uno (CTED). Der Franzose war anlässlich der Konferenz „United Nations Convention against Transnational Organized Crime“ am 17. und 18. Oktober in Wien.